

# Rottenmanner Volksstimme



AUSGABE 5

ZEITUNG DER KPÖ STEIERMARK

NOVEMBER 2020

## Spital Rottenmann nicht aushungern!

### Werner Murgg (KPÖ): „Zentralisierung von Krankenhäusern löst Personalmangel nicht“

Der steirische Landesrechnungshof stellt im aktuellen Prüfbericht fest, dass der Betrieb des Krankenhauses Bad Aussee nicht ausreichend effizient ist. Aufgrund des Personalmangels wird die Verlegung bestimmter Behandlungen nach Rottenmann empfohlen. Für die KPÖ ein guter Grund, die Spitäler im Bezirk Liezen aufzuwerten, statt sie zugunsten eines zentralen Krankenhauses auszuhungern.

In Österreich beträgt die Bettendichte etwas mehr als 10 Betten pro 1.000 Einwohner, im Bezirk Liezen derzeit aber nur 4,2. Nach der geplanten Realisierung des Leitspitals und Schließung der bestehenden Standorte würden pro

1000 Einwohner nur noch 2,8 Betten (!) zur Verfügung stehen. Deshalb kann die Antwort auf bestehende Probleme nicht eine weitere Zentralisierung der medizinischen Versorgung sein, sondern die Aufwertung der bestehenden Standorte durch Spezialisierungen, die die Grundversorgung ergänzen.

KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg: *„Der Aufwand ist bei einem dezentralen Spital natürlich größer, aber die bestehenden Spitalsstandorte sind wichtig für die flächendeckende Versorgung im Bezirk. Der Personalmangel, vor allem der Mangel an Fachärztinnen und Fachärzten, ist keine Besonderheit der Spitäler in*

*Rottenmann und Bad Aussee, sondern ein seit Jahren bestehendes Problem, das für die Landespolitik leider nicht die nötige Priorität hat.“*

Auch in den Ballungszentren waren schon lange vor den durch die Covid-Pandemie verschärften Problemen lange Wartezeiten auf gängige Behandlungen an der Tagesordnung. Die von der KAGes neuerdings veröffentlichten Wartelisten machen sichtbar, dass es einen großen Rückstau gibt. Eine Spezialisierung in peripheren Spitälern kann das System entlasten und Patientenströme sinnvoll steuern.

Der Personalmangel besteht auch im niedergelassenen Bereich. Daraus entwickelt sich langfristig zu einer allgemeinen Krise der Gesundheitsversorgung, nicht nur im Bezirk Liezen. Dazu kommt, dass es immer mehr WahlärztInnen gibt, die (teilweise) privat bezahlt werden müssen.

*„Wenn im Bezirk nur mit Konsiliarverträgen und unter Überschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit die Versorgung aufrechterhalten werden kann, wird das Problem bei der Zentralisierung der Spitäler nicht kleiner, sondern noch größer“,* so Murgg

### Leserbrief: LKH Rottenmann

*Nach einem Unfall musste ich mich vor einiger Zeit in ambulante Behandlung begeben. Natürlich wählte ich dafür das LKH Rottenmann. Das war die richtige Wahl. Die freundliche und kompetente Behandlung ließen die Verletzung komplikationsfrei ausheilen.*



*Wie man sieht, ist für die standardmäßige Notversorgung kein hochmodernes Zentralkrankenhaus erforderlich.*

*Michael Jansenberger*

### Sozialberatung



**Am 23. November** steht KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler ab 10 Uhr am Hauptplatz in Rottenmann Rede und Antwort.

Wir laden zu einem persönlichen Kennenlernen und bieten eine Mieter- und Sozialberatung an. Dazu bitte um Voranmeldung unter 0699/1253 4965

## Gemeinderat: Bürgerfragestunde abgeschafft

Bislang gab es in Rottenmann die Möglichkeit, dass jeder Bürger unserer Stadt im Gemeinderat Anliegen vorbringen konnte. Diese sogenannte Bürgerfragestunde wurde nun mit den Stimmen der ÖVP, sie hat in unserer Stadt seit der letzten Wahl die absolute Mehrheit im Gemeinderat, abgeschafft. Alle anderen Parteien – SPÖ,

WIR und KPÖ – wollten die Bürgerfragestunde beibehalten. Bürgermeister Alfred Bernhard (ÖVP) wies darauf hin, dass diese Bürgerfragestunde kaum angenommen worden sei.

SPÖ-Vizebürgermeister Klaus Baumschlager erwiderte, dass man diese Möglichkeit der Mitsprache einfach nur bekannter machen

müsste, also etwa in den Gemeindezeitungen darauf hinweisen könne.

KPÖ-Gemeinderat Johann Ploder: „**Die Abschaffung der Bürgerfragestunde ist ein Fehler. Ich lade aber alle Bürgerinnen und Bürger ein, mit ihren Anliegen zu mir zu kommen, ich werde mich bemühen, eine Lösung zu finden.**“

## Aufwandsentschädigung:

Gleich zweimal musste über die Gewährung einer Aufwandsentschädigung für die Obmänner der Ausschüsse des Gemeinderates abgestimmt werden. Ursprünglich hatte die ÖVP gefordert, dass jeder Ausschussobmann 10 Prozent des Bürgermeistergehaltes, also rund 7.500 Euro brutto jährlich, bekommen soll.

Da die Ausschüsse unterschiedliche Aufgaben haben und auch der Arbeitsaufwand unterschiedlich ist, hat die gesamte Opposition gefordert, dem Rechnung zu tragen. Letztlich wurde ein abgeänderter ÖVP-Antrag eingebracht, welcher einen reduzierten Betrag von 5 Prozent, das sind rund 3.750 Euro brutto jährlich, für gut

die Hälfte der Ausschüsse vorsieht. Das wurde mit den Stimmen der ÖVP beschlossen.

SPÖ, WIR und KPÖ hätten sich weitere Einsparungen gewünscht. Die Aufwandsentschädigung für „normale“ Gemeinderatsmitglieder beträgt übrigens 20 Euro pro Sitzung.

## Im Schnellkurs zur Kindergärtnerin

Der Nachwuchsmangel an Fachkräften in unseren Kindergärten gibt seit Jahren zu denken. Bei der neuesten Idee der Schwarz-Roten Landeskoalition scheint man nicht viel nachgedacht zu haben. Anstatt den Beruf attraktiver zu machen, verzichtet man lieber auf Kompetenz und Ausbildung. Geht es nach ÖVP und SPÖ, reichen nun 30 Stunden Ausbildung, um Kindergärtnerin zu werden.

„Alle, die fünf Jahre BAKIP (neu „BAfEP“, Anm.), also die Ausbildung zur Kindergartenpädagogin gemacht haben, haben das Nachsehen“, sagt KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler. „30 Minuten Radiohören machen ja auch keinen zum Musiker.“

Dem Anstieg der Anforderungen mit einer Abwertung der Ausbildung zu begegnen, ist nichts anderes als eine Frechheit. Wo bleibt die Wertschätzung für einen der wichtigsten Berufe in unserer Gesellschaft?“, fragt sie.

„Unsere Kindergartenpädagoginnen verdienen mehr als schöne Worte. Sie brauchen die bestmögliche Ausbildung und Arbeitsbedingungen. Nur so ist der Kindergarten das, was wir unseren Kindern wünschen.“



## Armut und Wohnkosten Neues Gesetz bringt Verschlechterungen

**2021 wird die neue „Sozialunterstützung“ in der Steiermark die Mindestsicherung ablösen. Die Umstellung bedeutet weitere Verschlechterungen für die Bezieher.**

Neben einer Kürzung der Beträge für Minderjährige, die angeblich ausgeglichen werden sollen, wird für Empfänger der Sozialunterstützung der Bezug der Wohnbeihilfe abgeschafft. Durch die neue Regelung werden viele Betroffene weniger Unterstützung erhalten. Miete und Betriebskosten zählen jedoch zu den größten Preistreibern in Österreich und sind die Hauptursache, dass immer mehr Menschen von ihren Einkommen nicht leben können.

Die KPÖ fordert deshalb eine Rückkehr zur Wohnbeihilfe. Denn Armut und Wohn-

kosten hängen eng zusammen. Etwa 30.000 Steirer können sich nicht leisten, ihre Wohnungen in der kalten Jahreszeit ausreichend zu heizen. Auch Stromabschaltungen werden zunehmen. Die KPÖ forderte im Landtag einen Verzicht der Energiekonzerne auf Abschaltungen.

Es soll auch schneller zu Kürzungen bei Arbeitslosigkeit kommen. Es wird immer größerer Druck ausgeübt, obwohl es kaum freie Arbeitsplätze gibt, von denen man leben kann. Die neue Sozialhilfe wird dazu führen, dass es noch öfter

zu Lohndumping und unwürdigen Arbeitsbedingungen kommt, wenn es keine Wahlfreiheit mehr gibt. Das wird sich schnell auch auf Arbeitsplätze auswirken, die derzeit noch korrekt bezahlt werden.



**Helfen statt reden. X KPÖ**

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger, Herstellung und Druck: KPÖ-Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. F.d.Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. E-Mail: a.fuchs@kpoe-steiermark.at // DVR: 0600008

**Offenlegung:** Die Rottenmanner Volksstimme ist eine periodische Gemeindefachzeitung der KPÖ Steiermark und dient der Information der Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltschutzes.

# Aus dem Rottenmanner Gemeinderat

Damit sie draußen wissen was drinnen vorgeht

## Bruckmühl: Parkplätze markieren!

Im Bereich der Wohnhaus-Siedlung in Bruckmühl befindet sich ein großer, öffentlicher Parkplatz, der auch den Bewohnerinnen und Bewohnern der Siedlung zur Verfügung steht. Dadurch, dass diese Parkplätze nicht markiert sind, parken oftmals Fahrzeuge quer und nehmen dadurch anderen Parkplatznutzern Platz weg. So kommt es immer wieder zu Situationen, wo für die Anrainer nicht ausreichend Parkplätze zur Verfügung stehen. Zusätzlich verschärft wird das Problem,

wenn Fahrzeuge entlang des Fahrbahnrandes abgestellt sind, wodurch beispielsweise die Schneeräumung oder der Rasenmähertraktor behindert werden.

KPÖ-Gemeinderat Johann Ploder hat daher im Gemeinderat angeregt, zumindest durch die Markierung der Parkplätze für eine Entlastung zu sorgen.

„Bürgermeister Bernhard hat mir versprochen, sich dieses Problems anzunehmen. Ich hoffe, es kommt rasch zu einer guten Lösung“, so Ploder.

## Musikschule deutlich teurer

Anfang September wurden die Musikschulgebühren gemäß einer Vorgabe des Landes um 2,3 Prozent erhöht. Das hat der Gemeinderat gegen die Stimmen der KPÖ beschlossen. Die Musikschulbeiträge betragen nunmehr im Hauptfach für Kinder und Jugendliche 492 Euro, für Erwachsene 951 Euro. Kursfächer kosten zwi-

schen 243 Euro und 365 Euro.

„Die Gehälter steigen derzeit faktisch gar nicht, der Metallerabschluss heuer liegt bei 1,45 Prozent. Gleichzeitig verteuern sich die Musikschulen um 2,3 Prozent. Bei so einer Preistreibe sollte die Gemeinde nicht mitspielen“, ärgert sich KPÖ-Gemeinderat Johann Ploder.



### KLEIN, aber MIT BISS

Die Regierung braucht bald einen Blindenstock. In der Coronakrise schwankt sie schon ganz wild hin und her.

### KOMMENTAR

von  
Johann Ploder  
Gemeinderat der KPÖ  
in Rottenmann



Liebe Mitbürgerinnen!  
Liebe Mitbürger!

## Voller Schadenersatz!

Die Corona-Krise wirft alle Planungen über den Haufen. Die Epidemie und die oft chaotischen Vorschriften haben massive menschliche, soziale und wirtschaftliche Schäden zur Folge. Auch das Gesundheitssystem wird auf eine harte Probe gestellt. Es zeigt sich, wie wichtig eine dezentrale Versorgung ist.

Es bleibt uns nur die Hoffnung, dass sobald wie möglich wieder Normalität einkehrt. Dabei ist es aber wichtig, dass alle entstandenen Schäden vergütet werden. Es braucht ein umfassendes Konzept, um all jenen zu helfen, die unter Corona gelitten haben. Diese Krise trifft besonders die Pensionisten, Menschen mit kleinen Einkommen sowie Kranke. Ich habe immer mehr den Eindruck, dass unsere Bundesregierung auf die einfachen Menschen vergisst. Auch viele kleine Betriebe haben es derzeit sehr schwer. Auch hier braucht es rasche und unbürokratische Unterstützung.

**Abschließend darf ich mich noch bei den Wählerinnen und Wählern in Rottenmann bedanken!**

**Ich möchte versuchen, in der Stadtgemeinde eine kritische Stimme für ein soziales Rottenmann zu sein.**

**Sollten Sie Wünsche oder Anliegen haben, werde ich gerne versuchen, zu einer Lösung zu kommen.**

Ihr Gemeinderat Johann Ploder



KPÖ

**Sozial.  
Gerecht.  
Für Euch!**

# Was uns AUF- und EINFÄLLT...

...dass nicht in Vergessenheit geraten darf, warum unser **Nationalfeiertag am 26. Oktober** gefeiert wird. Am 26. Oktober 1955 hat der Nationalrat gegen die Stimmen der FPÖ das Gesetz über die immerwährende Neutralität Österreichs beschlossen.

★  
...dass bei der versprochenen **Aufwertung der Hausärzte** ein großer Unterschied zwischen Versprechungen und Realität klafft. So spottet ihre Vergütung durch die Gesundheitskasse noch immer jeder Beschreibung.

★  
...dass man bei der möglichen **Corona-Impfung** keinen kalten Krieg braucht. Deshalb sollte man nicht eher auf die Profite westlicher Pharma-Konzerne setzen, wenn es vielversprechende Medikamente aus Russland oder China gibt.



★  
...dass wir in Österreich **keine ÖVP-Alleinregierung** haben. Daran muss man immer wieder erinnern, weil sich der Einfluss der Grünen in sehr engen Grenzen hält.

★  
...dass in Rottenmann einige die Abstandsregeln nicht allzu ernst nehmen. Auch unter den Gemeinderäten gibt es „**schwarze Schafe**“. Während den Sitzungen hält man sich brav an die Maskenpflicht, fünf Minuten später fehlen Abstand und Anstand. Dabei sollten wir alle auf unsere Vorbildwirkung nicht vergessen!

★  
...dass die Banken bis zu 13 Prozent **Überziehungszinsen** einheben. Die Zinsen für Sparguthaben sind hingegen im Promillebereich. Das will die KPÖ nicht hinnehmen und fordert eine gesetzliche Obergrenze von fünf Prozent über dem Zentralbanksatz für Überziehungszinsen.

★  
...dass beim **Kampf um unser Spital** alle Fraktionen an einem Strang ziehen. Im Gemeinderat ist das leider nicht bei allen Themen der Fall, immer wieder nutzt der Bürgermeister seine „Absolute“, um drüberzufahren. Schade.

## Wirtschaftskrise: Arbeitsplatzverluste



**STOP**

SO GEHT'S NICHT WEITER!

**DIE OBER-  
STEIERMARK  
DARF NICHT  
STERBEN!**

**KPÖ**

